

*(2)

Die sino-sowjetischen Normalisierungsgespräche: Stand nach der vierten Runde

Bisher haben vier sowjetische "Konsultations"-Runden über die "Normalisierung" des beiderseitigen Verhältnisses stattgefunden.

Die erste Runde in Beijing dauerte vom 5. bis 22. Oktober 1982 (Einzelheiten darüber in C.a., Oktober 1982, Ü 4). Zusammenfassend hieß es damals, daß China prinzipiell den sowjetischen Hegemonismus und Expansionismus bekämpfe und darauf abziele, auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz die beiderseitigen Beziehungen zu entwickeln. Hegemonismus und "Koexistenz" seien miteinander unvereinbar. Die Sowjetunion müsse nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bezeugen, daß sie von ihrer bisherigen Politik abrücke. Vor allem an drei konkreten Beispielen könne sie diese Änderung beweisen, nämlich durch den Rückzug ihrer Truppen aus dem "umstrittenen" chinesischen Grenzgebiet (der für Moskau alles andere als "umstritten" ist) sowie aus Afghanistan und Kambodscha.

Die zweite Runde fand vom 1. bis 15. März 1983 in Moskau statt. Die chinesische Seite legte Wert darauf, daß es sich hierbei immer noch nicht um "Verhandlungen", sondern nur um "Konsultationen" handle. Wie schon die erste Runde wurde auch die zweite auf Vizeaußenministerebene geführt. Die chinesische Seite verlangte diesmal, daß auch die Grenzen in die Verhandlungen einbezogen werden müßten (Näheres C.a., April 1983, Ü 1).

Die dritte Runde dauerte vom 6. bis 20. Oktober 1983 und fand wieder in Beijing statt. Nach einer AFP-Meldung sollen die Sowjets dabei "vertrauensbildende Maßnahmen" vorgeschlagen haben, und zwar in Form einer Verdoppelung des Handels i.J. 1984, ferner zusätzlicher kultureller Aktivitäten und in Form der Einsetzung von Fact-Finding-Institutionen zur Klärung von Grenzfragen (SWB, 31.10.83).

Die vierte Runde (und zugleich die erste seit Tschernenkos Machtantritt als Parteichef) tagte vom 12. bis 26. März 1984 in Moskau. Auch diesmal fiel das Kommuniqué wieder höchst nichtssagend aus. Beide Seiten seien sich darin einig, daß die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen und Kontakte, vor allem auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Kultur und Sport wiederbelebt werden sollen. Auch diesmal waren auf sowjetischer Seite Vizeaußenminister L.F. Iljitschew, auf chinesischer Seite Vizeaußenminister

Qian Qichen am Verhandlungstisch.

Auch nach der vierten Runde sind die "drei Haupthindernisse" alles andere als beseitigt, obwohl ansonsten immer wieder die "ruhige und freimütige Gesprächsatmosphäre" betont wird.

Immerhin gibt es aber eine Reihe von ermutigenden Anzeichen ("positiven Trends", wie es heißt):

- Da ist zunächst der Handel. I.J. 1984 wird sich das bilaterale Außenhandelsvolumen nach chinesischen Voraussagen auf rund 1,2 Mrd. US\$ belaufen - zumindest ist dies in dem Abkommen über Warenaustausch und Zahlungen vereinbart. Dies bedeutet einen Anstieg von rund 60% gegenüber 1983 - einem Jahr, das gegenüber 1982 ebenfalls schon einen Zuwachs von +170% aufgewiesen hatte. China exportiert in die Sowjetunion hauptsächlich Mineralprodukte, gefrorenes oder eingedostes Fleisch, Sojabohnen, Speiseöl, Seidenprodukte, Baumwolle, Leichtindustrieprodukte, Tee und tierische Erzeugnisse, während die Sowjetunion umgekehrt nach China Roheisen, NE-Metalle, Bauholz, Chemiedünger, Zement, Chemikalien, Fahrzeuge und Maschinen ausführt. Auch der Grenzhandel ist i.J. 1983 ohne Störungen verlaufen. 1982 und 1983 hatte es Vereinbarungen über den Grenzhandel an drei Punkten, nämlich in Heilongjiang sowie an zwei Stellen in Xinjiang gegeben.

- Auch die militärische Situation entlang der Grenze hat sich entschärft: Die Sowjets verzichteten vor allem auf umfangreichere Militärmanöver in Grenznähe, und auch die üblichen Zusammenstöße sind auf ein Minimum reduziert worden.

- Es ist ferner zu einem verstärkten Kultur- und Sportaustausch gekommen. Im April 1984 beispielsweise fand eine Ausstellung chinesischer Gemälde in Moskau statt (XNA, 14.4.84); nach Beijing kam eine sowjetische Freundschaftsdelegation (XNA, 6.4.84); die Sowjetunion beteiligte sich an einer Ausstellung für medizinische Instrumente in Beijing (XNA, 28.2.84); in Moskau wurde Ba Jins 80. Geburtstag gefeiert; in Shanghai legte ein Schiff mit sowjetischen Touristen an (XNA, 4.3.84); im Dezember wurde ein meteorologisches Abkommen unterzeichnet (XNA, 6.12.83); im September 1983 nahm China als Aussteller an der Moskauer Buchmesse teil (XNA, 7.9.83) und im September trafen zehn sowjetische Sprachstudenten in China zu einem zweijährigen Aufenthalt ein (XNA, 1.9.83).

- Auch auf höchster Ebene wurde verhandelt. Im September 1983 kam

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

*(1)

Volksrepublik und DDR vertiefen Zusammenarbeit

Die DDR und die Volksrepublik China wollen ihre Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik durch die Verbindung traditioneller und neuer Formen der Kooperation "zielgerichtet" ausbauen. Auch die Plankommissionen beider Länder sollen ihre Kontakte erweitern. Das vereinbarten der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission der DDR, Schürer, und Professor Zhu Rongji, der Leiter einer Wirtschaftsdelegation Chinas, die sich Mitte April zu einem einwöchigen Besuch in der DDR aufhielt.

In einem Protokoll über die Ergebnisse der Beratungen heißt es, vereinbart worden sei u.a. die Rekonstruktion bestehender chinesischer Industriebetriebe im Verarbeitungsmaschinenbau, im Landmaschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektroindustrie und bei Ausrüstungen für die Nahrungsgüterindustrie.

Bereits am 12.3.1984 war zwischen Vertretern der Außenhandelsministerien der DDR und der VR China ein Waren- und Zahlungsabkommen für 1984 unterzeichnet worden. Danach wird China u.a. landwirtschaftliche Erzeugnisse, Textilprodukte und Mineralien liefern, während aus der DDR überwiegend industrielle Waren bezogen werden sollen. Der Abschluß des Abkommens erfolgte während der Leipziger Messe, die von China mit rund 1.800 Produkten, darunter Fernsehgeräte, elektronische Rechner, andere elektronische Erzeugnisse und handwerkliche Artikel, beschenkt wurde. (FAZ, 21.4.84; NfA, 29.3.84) -lou-

als erster hochrangiger Regierungsvertreter (seit den letzten zwanzig Jahren) Vizeaußenminister Kapiza nach Beijing. Kapiza, der als China-Spezialist im sowjetischen Außenministerium gilt, dürfte u.a. auch die Kambodscha-, die Afghanistan-, die gemeinsame Grenz- und Raketenstationierungsfrage angesprochen haben.

- Anlässlich des Todes Andropows kam eine chinesische Delegation unter Leitung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wan Li nach Moskau - ebenfalls der ranghöchste Repräsentant Chinas, der sich seit dem ideologischen Bruch in den Jahren 1963/64 in die sowjetische Hauptstadt begeben hat. Zu den Trauerfeierlichkeiten für Andropows Vorgänger, Breschnew, hatte Moskau noch mit dem damaligen Außenminister Huang Hua vorlieb nehmen müssen. Wan Li ist Politbüromitglied!

Im Februar 1984 lud China den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, Archipow, zu einem Besuch nach Beijing ein. Archipow versprach seinen Besuch für den 10. Mai 1984, sagte dann aber kurz vor diesem Termin wieder ab. Grund dafür war offensichtlich die in den vorangegangenen Wochen wieder erneut zutage getretene Spannung zwischen China und dem UdSSR-Verbündeten Vietnam. Außerdem hatte sich Moskau über die Besuche Reagans in China, Zhao Ziyangs in den USA und Nakasones in Beijing indigniert gezeigt. Auch die Hinweise auf eventuelle Waffenkäufe Chinas in den USA hatten in Moskau Ärger ausgelöst. Im Augenblick hat es überhaupt den Anschein, als hätten sich die Zeichen der Zeit verkehrt: Hatte noch vor kurzem die Sowjetunion nach einem besseren Verhältnis gedrängt, während China solchen Bemühungen die kalte Schulter zeigte, so ist es jetzt umgekehrt. Möglicherweise ist Moskau auch über die chinesische Osteuropa-Initiative indigniert, die in den vergangenen Monaten zur Anknüpfung zahlreicher Verbindungen, zur Ausweitung des Handels und zum Abschluß von Vereinbarungen mit Polen, Ungarn, der CSSR, Bulgarien und der DDR geführt haben (Näheres dazu C.a., Juni 1983, S.362 ff.). Auch in anderen Teilen der Welt kommt China den Sowjets ins Gehege, so z.B. in Angola und Mozambique, in Äthiopien und in Zentralamerika.

Vielleicht hängt die sowjetische Zurückhaltung aber auch mit dem seit Tschernenkos Machtantritt überhaupt zu beobachtenden kühleren und zurückhaltenderen Stil sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik zusammen.

Jedenfalls ist es bis zur "Normalisierung" noch ein langer Weg, sei es nun, daß das "Shanghai"- oder das "Tito"-Modell angestrebt wird (Näheres dazu C.a., November 1982, Ü 1, Oktober 1982, Ü 4 und April 1983, Ü 1). Einstweilen ist der Normalisierungspfad durch einige Markierungen abgesteckt, so z.B. durch den Vorsatz, das Handelsvolumen weiter auszudehnen, die Zahl der Austauschstudenten auf über 100 ansteigen zu lassen, den sportlichen und kulturellen Austausch zu erweitern, die Sowjets mit der Modernisierung einer Textilfabrik in Harbin zu betrauen und weiterhin miteinander im Gespräch zu bleiben. Auf Seiten Beijings wird das Bemühen sichtbar, das Verhältnis zur Sowjetunion gegenüber den sino-amerikanischen Beziehungen nicht allzu weit zurückfallen zu lassen - und auf diese Weise beide Supermächte im Zugzwang zu halten: Dies wäre zumindest eine taktisch kluge Auswertung des neubetonen Grundsatzes der "Unabhängigkeit" chinesischer Außenpolitik. Am problemlosesten läßt sich die Verbesserung zur Sowjetunion im Handelsbereich betreiben. Wichtig in diesem Zusammenhang war das Zusammentreffen des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Planungschefs Yao Yilin mit dem sowjetischen Vizeaußenhandelsminister I.T.Grischin im Februar 1984, bei dem ein neues Handelsabkommen mit einjähriger Laufzeit unterzeichnet wurde (10.2.). Bei dem Treffen wies Yao darauf hin, daß sich der sowjetisch-chinesische Handel 1984 zwar beträchtlich ausdehnen werde, daß er aber noch lange nicht das hohe Niveau der Vergangenheit erreiche. Beide Seiten sollten sich in Zukunft um ein langfristiges Handelsabkommen bemühen. Grischin erwiderte darauf, daß das bilaterale Handelsabkommen für 1984 das höchste seit 1964 sei. Auch er hält allerdings eine weitere Ausdehnung des Handels für wünschbar. China ist vor allem an Ersatzteilen für die während der fünfziger Jahre von der Sowjetunion erstellten Fabriken und Maschinen interessiert.

Bei einem Gespräch wenige Monate vor seinem Tod hatte Parteichef Andropow darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion vor allem auch an "vertrauensbildende" Maßnahmen denkt. Die Sowjetunion sei bereit, "mit China über Grundfragen der Weltentwicklung, vor allem über Fragen der Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu sprechen... Wir sind zuversichtlich, daß die Interessen des sowjetischen und des chinesischen Volkes hinsichtlich der Beseitigung der Kriegsgefahr und der Stärkung des Friedens objektiv nicht auseinandergehen - ganz zu

schweigen davon, daß Frieden das Ideal des Sozialismus ist..." (Wortlaut abgedruckt in FAZ, 28.8.83).

Demgegenüber stellte Deng Xiaoping am 22. Februar 1984 fest, daß "die Beseitigung von drei großen Hindernissen nach wie vor die Voraussetzung für eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen" bleibt und daß "wir an diesen Voraussetzungen festhalten... Eine Normalisierung... wäre gut für die gesamte Weltlage... und für den Aufbau unseres eigenen Landes..." Im gleichen Sinne auch äußerte sich der frühere Außenminister Ji Pengfei (RMRB, 19.2.84).

Gerüchte wollen von einem detaillierten Zehn-Punkte-Vorschlag wissen, den Moskau den Chinesen inzwischen unterbreitet habe und in dem u.a. von der Einrichtung einer ständigen telegraphischen Verbindung - analog dem "Roten Telefon" zwischen Washington und Moskau - die Rede ist sowie von der Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts, von der Offenlegung der beiderseitigen Truppenstärken an den gemeinsamen Grenzen und von der Schaffung atomwaffenfreier Zonen.

Sollen die "Zehn Punkte", wenn sie wirklich vorgelegt worden sein sollten, am Ende die Funktion haben, die Drei Punkte der Chinesen zu umgehen? Wie weit wird sich die chinesische Seite auf eine solche Absicht einlassen?

Inzwischen ist ein neuer Problemkomplex aufgetaucht, der von den Chinesen eines Tages als eine vierte Voraussetzung für die Verbesserung bilateraler Beziehungen ins Gespräch gebracht werden könnte, nämlich die SS-20-Raketen-Gefahr für Ostasien: An der nördlichen Grenze Chinas konzentriert die Sowjetunion ja nicht nur rund eine Million Soldaten, sondern sie hat in den letzten Monaten auch ununterbrochen die Zahl ihrer SS-20-Raketen erhöht. Am 17. September 1983 bereits forderte die Renmin Ribao die Sowjetunion mit Nachdruck auf, die aus Europa zurückgenommenen Raketen zu vernichten, statt sie nun in Asien zu stationieren. Bereits im Mai 1983 war bekannt geworden, daß die Sowjetunion in Sibirien mindestens zehn neue Stellungen zur Aufnahme von zusätzlich 100 oder mehr SS-20-Mittelstreckenraketen ausbaue. China ging - unter Berufung auf japanische Quellen - im Oktober 1983 davon aus, daß sich die Zahl der SS-20 in Asien inzwischen auf 135 erhöht habe (XNA, 5.10.83). Japan und China äußerten gemeinsam ihre Besorgnis (XNA, 28.9.83).

Nach einer Analyse von Dieter Heinzig ("Aktuelle Analysen", Nr.6/1984 des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien) begann die Sowjetunion 1976 mit der Aufstellung von SS-20 in Asien - also etwa gleichzeitig mit der Dislozierung von Raketen desselben Typs in Europa. 1980 beschleunigte sich das Stationierungstempo; 1983 waren bereits 108 Systeme - also fast ein Drittel des sowjetischen Gesamtpotentials - im asiatischen Teil der UdSSR installiert. Etwa die Hälfte der in Asien vorhandenen SS-20-Systeme wurden in einer nicht exakt definierbaren "Swing-Zone" zwischen dem Ural und dem Baikalsee - und zwar im Militärbezirk Sibirien - aufgestellt. Von dort aus können die Systeme sowohl asiatische als auch europäische Ziele erreichen. Die andere Hälfte der in Asien vorhandenen Systeme befinden sich ostwärts der "Swing-Zone", und zwar im Militärbezirk Transbaikal. Europäische Ziele sind von hier aus nicht mehr erreichbar; Zielgebiet ist also offensichtlich Asien. Sämtliche im asiatischen Teil der UdSSR befindlichen SS-20-Stellungen liegen tendenziell entlang der Transsibirischen Eisenbahn. Mit einer Reichweite von bis zu 5.000 km bedrohen sie China, Japan, Südkorea und fast das gesamte festländische Asien. Insgesamt soll die Sowjetunion gegenwärtig über 378 SS-20-Systeme verfügen, von denen 243 ausschließlich oder primär gegen NATO-Europa gerichtet sind, während 135 ausschließlich oder primär Ziele in Asien bedrohen. Mit einer weiteren Erhöhung der Systeme auf 144 sei in nächster Zeit zu rechnen.

Noch zwei weitere Punkte werden von China mit Besorgnis angesprochen, nämlich die Stationierung von MiG-31-Jagdbombern in Fernost, vor allem auf Sachalin. Die MiG-31 ist mit neuartigen AA-9-Raketen ausgerüstet und gilt als "mächtige Waffe gegen die US Cruise Missiles" (XNA, 10.12.83).

Auch auf das schnelle Anwachsen der Sowjetflotte weist China hin, u.a. auf zahlreiche Sowjetmanöver in allen Teilen der Welt. Insgesamt wächst die Sowjetflotte schneller als die Weltschifffahrt. Besonderes Augenmerk gilt der Erweiterung der sowjetischen Pazifikflotte, die als Maßnahme der Bedrohung Chinas "vom Osten her" gewertet wird.

Nach alledem fragt Xinhua: "Woher soll das Vertrauen kommen?" und "Handel durch den Raketenzaun?" (XNA, 25.11.83). Man sieht: Beide Seiten möchten sich zwar gerne einander näherkommen, doch erweisen sich am Ende die Hindernisse

als vorerst unüberwindbar. -we-

AFRIKA UND NAHOST

*
*
* * * * *

*(3)

Burundi: Freundschaftsbeteuerungen und Peinlichkeiten

Anfang März besuchte eine burundische Parlamentarierdelegation die VR China und wurde dort mit den üblichen Ehrungen empfangen.

Offiziell gibt es zwischen China und den meisten afrikanischen Ländern nur "Freundschaft" und nützliche Zusammenarbeit; ungenutzt kommt man auf den immer häufiger auftauchenden "Rassismus"-Vorwurf zu sprechen, der von afrikanischen Studenten gegen chinesische Kommilitonen - stillschweigend wahrscheinlich aber auch von afrikanischen Regierungen gegen China allgemein - erhoben wird. Zur Zeit studieren rund 500 afrikanische Studenten aus 35 Ländern an verschiedenen Hochschulen und Universitäten in Shanghai, Beijing, Tianjin, Guangzhou und anderen Städten. Ihr spontanes Verhalten, das in bemerkenswertem Gegensatz zu den eher rituellen Umgangsformen der Chinesen steht, scheint immer wieder eine Quelle von Reibereien zu sein. Vor allem in Shanghai haben sich in den letzten Jahren mehrere Zusammenstöße zwischen Chinesen und afrikanischen Studenten ereignet: Die Afrikaner waren wegen ihrer Hautfarbe verspottet worden, chinesisches Bedienungspersonal verhielt sich kühl oder grob gegenüber afrikanischen Studenten oder weigerte sich manchmal sogar, sie zu bedienen (BRu 1983, Nr.43, S.4). Am 8.Oktober 1983 wurde in Beijing ein burundischer Student ausgerechnet an der Bar des "Freundschaftshotels" verprügelt. Der Student wollte einige Flaschen Bier kaufen, bekam aber eine abweisende Antwort. Es kam zu Wortwechseln und schließlich zur Prügelei.

Die sieben in den Vorfall verwickelten Chinesen, die sich auf den Schwarzen gestürzt hatten, wurden am 8.Oktober 1983 vom Amt für öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing disziplinarisch gemahnt.

Wie könne es nur - angesichts der so entschieden gegen Rassendiskriminierung eingestellten Politik der KPCh - zu derartigen Ausfällen kommen!? Die offizielle Antwort auf diese selbst gestellte Frage ist stereotyp: Erstens sei China ein halbkoloniales und halbfeudales Land, dessen Großstädte lange Zeit "unter der Herrschaft von Imperialisten" gestanden hätten

und deshalb von reaktionären Ideologien im Westen beeinflusst worden seien, und zweitens habe die Kulturrevolution verheerende Folgen gehabt (XNA, 8.10.83). -we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

*
*
* * * * *

*(4)

China tritt der Interparlamentarischen Union (IPU) bei

Vom 2. bis 7.April 1984 hielt die IPU in Genf ihre 71.Vollversammlung ab. Sie war im Juni 1889 in Frankreich gegründet worden und gilt mit über 100 Mitgliedstaaten als eine Art "zweiter UNO", die vor allem in den demokratisch regierten Ländern über die dortigen Volkskongresse einen stetig wirkenden Einfluß ausübt. Ob solche Einflußmöglichkeiten auch bei "Nationalen Volkskongressen" sozialistischer Staaten gegeben sind, in denen ja parlamentarische Entscheidungen so gut wie keine Rolle spielen, ist eine andere Frage.

China verspricht sich aber offensichtlich von der "zweiten UNO" einen weiteren Resonanzboden für seine Außenpolitik. Delegationsleiter war kein geringerer als Geng Biao, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK (XNA, 5.4.84), der die Beitrittszeremonie in Genf auch gleich dazu benutzte, mit Parlamentariern aus Polen und der DDR zusammenzutreffen. -we-

*(5)

Jin Fuyao wird stellvertretender Generaldirektor der ILO

Erst 1983 war China nach 34jähriger Wartezeit in die in Genf ansässige International Labour Organization aufgenommen worden, nachdem diese UNO-Organisation den Chinesen Schulden in Höhe von 36 Mio.US\$ erlassen hatte, die auf unbezahlten früheren Beiträgen beruhten. Von 1949 bis 1971 war der Sitz Chinas bei der ILO von Taiwan besetzt gewesen. 1971 hatte die ILO die Volksrepublik als alleinige Repräsentantin anerkannt, ohne daß diese allerdings deshalb ihre Beiträge bezahlt hätte.

Das Warten hat sich für China offensichtlich gelohnt, da es inzwischen nicht nur seine Schulden erlassen bekam, sondern überdies der 61jährige Jin Fuyao in das Spitzengremium der ILO aufrückte.

Die ILO ist eine Sonderorganisation der UNO, die 1919 im Rahmen des Völkerbunds gegründet worden

ist. Ihre Aufgabe besteht in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Lebensstandards und der wirtschaftlichen sowie der sozialwirtschaftlichen Stabilität in den Mitgliedsstaaten. Organe sind die Internationale Arbeitskonferenz, bestehend aus Vertretern der Mitgliedsstaaten, die einmal jährlich tagen, und aus dem Internationalen Arbeitsamt, das die laufende Verwaltung wahrnimmt, sowie aus einem Verwaltungsrat von vierzig Mitgliedern, der die ILO und ihre Fachausschüsse überwacht. Angesichts des in der Dritten Welt grassierenden Arbeitslosenproblems verspricht sich China offensichtlich auch hier Einfluß. -we-

INNENPOLITIK

*

*

* * * * *

*(6)

Nun wieder Betonung der Bekämpfung von "linken" Tendenzen

Nach der Einschränkung der Kampagne zur "Beseitigung der geistigen Verschmutzung" ab Mitte November 1983 steht seit April 1984 die Forderung nach Beseitigung "linker" Einflüsse und Tendenzen offenbar wieder im Mittelpunkt der Parteipropaganda. Zahlreiche Beiträge in der "Volkszeitung" und in den Provinzmedien befaßten sich mit diesem Thema. Den Hintergrund für die erneute Verschiebung des Schwerpunktes der innenpolitischen Auseinandersetzungen bilden wahrscheinlich zwei Entwicklungen:

- Zu Beginn der Kampagne zur "Beseitigung der geistigen Verschmutzung" im Oktober und November 1983 entwickelten die auf den unteren Ebenen nach wie vor etablierten maoistischen Linken zusammen mit konservativ-orthodoxen Kräften unerwartet starke politische Aktivitäten, um den Anti-Rechts-Kampf vom ideologischen Bereich auch auf andere Gebiete auszudehnen. Dies ging so weit, daß Kernpunkte des nachmaoistischen Kurses, wie die Öffnung Chinas gegenüber dem westlichen Ausland und die wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen auf dem Land, in Frage gestellt wurden.

- Bereits seit Dezember 1980 werden nicht nur eine umfassende Wirtschaftsreform, sondern auch einzelne Reformmaßnahmen von einer Koalition von konservativ-orthodoxen Kräften in der Parteispitze und maoistischen Linken an der Basis abstruiert.

Hinzu kommt, daß vor allem die unteren Ebenen in Partei, Verwaltung und Armee immer noch nicht systematisch von maoistischen Linkskräften gesäubert werden

konnten. Zur Konsolidierung der Reformkräfte und ihrer politischen Zukunftssicherung ist es jedoch unabdingbar, auch die unteren Reihen politisch auszurichten.

Am 1. April 1984 veröffentlichte das ZK-Organ "Volkszeitung" einen Kommentar unter dem vielsagenden Titel "Das 'linke' Gift ausmerzen und die laxe Haltung demgegenüber korrigieren". Dem Leitartikel zufolge geht es bei der politischen Ausrichtung der Partei am Kurs der Deng-Fraktion nicht nur um die Bekämpfung "rechter" Tendenzen einer bürgerlichen Liberalisierung, sondern auch und vor allem um die Beseitigung "linker" Einflüsse: "Bei der gegenwärtigen Ausrichtung der Partei ist die weitere Ausmerzung des 'linken' Gifts eine äußerst wichtige Aufgabe, bei der es darum geht, politische Übereinstimmung mit dem Zentralkomitee zu erreichen." Der Einfluß "linker" Auffassungen sei - so der Kommentator - nach wie vor "sehr stark", und es sei "gar nicht einfach", ihn auszuschalten. Zur Erläuterung wurde in dem Leitartikel folgender historischer Vergleich angestellt: Die "linke" Linie Wang Mings habe nur 4 Jahre (von Januar 1931 bis Januar 1935) lang die Parteipolitik bestimmt, doch es habe danach 10 Jahre gedauert, ihren Einfluß zu beseitigen. Nach 1949 seien 20 Jahre lang immer wieder "linke" Fehler begangen worden, wobei die Kulturrevolution den absoluten Höhepunkt dargestellt habe. Deshalb bedürfe es heute weitaus größerer Anstrengungen als damals, den Einfluß linksradikalen Gedankenguts zu beseitigen.

Bereits am 15. März 1984 hatte die "Volkszeitung" in einem Leitartikel gefordert, bei der Durchsetzung des neuen Kurses den Schwerpunkt auf die Korrektur von "linken Abweichungen" zu legen.

Auf erweiterten Plenartagungen der Parteikomitees der Provinz Sichuan und des Autonomen Gebiets Innere Mongolei Mitte April 1984 wurde ebenfalls die Forderung erhoben, daß der Beseitigung "linker" Einflüsse besondere Beachtung geschenkt werden müsse (Radio Innere Mongolei, 17.4.84, nach: SWB, 20.4.84; Radio Sichuan, 28.4.84, nach: SWB, 1.5.84). Ein politischer Schulungskurs der Propagandaabteilung des Parteikomitees des Autonomen Gebiets Innere Mongolei beschäftigte sich Anfang April ausschließlich mit dem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 1. April 1984 sowie mit "kürzlich erfolgten diesbezüglichen Weisungen" des ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang, die jedoch nicht näher erläutert wurden. (Radio Innere Mongolei, 17.4.84, nach: SWB, 20.4.84). Über

den Inhalt der Anti-Links-Weisungen von Hu Yaobang wurden auch in der "Volkszeitung" keine Angaben gemacht. -sch-

*(7)

"Linkes" Gedankengut behindert Reformen

In einem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 5. April 1984 wurde die Ansicht vertreten, daß die Obstruktion von Reformen auf den unteren Ebenen eng verbunden sei mit den "linken" Ansichten und Praktiken auf den oberen Ebenen. Deshalb sei die Vereinheitlichung der politischen Ansichten (im Sinne des nachmaoistischen Kurses) von zentraler Bedeutung sowohl für die politische Ausrichtung der Partei als auch für die Verwirklichung der Reformen. Dem Leitartikel zufolge muß die politische Ausrichtung der KPCh anhand des neuen Kurses parallel zu der Durchsetzung der Reformen verlaufen.

In einem Kommentar der Guangming-Tageszeitung vom 14. April 1984 wurde die "linke" Ideologie als "Haupthindernis" für die Durchsetzung des neuen Kurses und der damit verbundenen Reformen bezeichnet. Deshalb sei es sehr wichtig, im Verlauf der Ausrichtung der Partei den üblen "linken" Einfluß weiter zurückzudrängen.

Die "Volkszeitung" veröffentlichte am 16. April 1984 einen Artikel von Ji Wei (ein Pseudonym für den im Oktober 1983 entlassenen Verlagsdirektor der "Volkszeitung", Hu Jiwei?), in dem sich dieser vehement für die Reformpolitik aussprach. Ji Wei machte das linke Gedankengut einer Reihe von Funktionären verantwortlich für die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Reformmaßnahmen.

Die in den Massenmedien angeprangerten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Reformmaßnahmen beziehen sich sowohl auf den landwirtschaftlichen als auch auf den industriellen Bereich. Die "Volkszeitung" kritisierte am 30. April "einige Genossen", die sich der Politik, zuerst einige Bauern reich werden zu lassen, mit dem Argument widersetzen, dies sei soziale "Polarisierung". Diese Parteimitglieder wendeten sich auch gegen die private Einzelwirtschaft auf dem Land, lehnten das System der spezialisierten Haushalte ab und setzten fälschlicherweise die Warenwirtschaft mit dem Kapitalismus gleich. In der Provinz Hubei wurden "linke" Einflüsse für die vergleichsweise langsame Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich gemacht. Vom "linken" Gedankengut beeinflusste Kader hätten die Ver-